

Kinder und Eltern fordern: Investiert endlich mehr in die Schulen!

Innenstadt. "Von nichts kommt nichts": Dies war nur eine der vielen Parolen, die auf der Kundgebung der Initiative der Elternbeiräte verschiedener Frankfurter Gymnasien am Samstag an der Hauptwache laut wurden. Der Protest der rund 350 Teilnehmer richtet sich gegen die Unterrichtssituation an den Frankfurter Schulen, die verbessert werden müsste. Die Forderungen an die Politiker in Landtag und Stadtparlament waren eindeutig: "Mehr Geld für die Zukunft unserer Kinder."

"Wir wollen die Öffentlichkeit aufmerksam machen", sagte Wolfgang Wondrak, einer der Sprecher der Initiative. "Vielen Eltern wird vorgehalten, dass es sich bei den Problemen an ihrer Schule um Einzelfälle handelt. Das stimmt aber nicht." Vielmehr sei es so, dass an Frankfurter Schulen überall die selben Probleme zu finden seien. Die Klassen seien oftmals viel zu groß. Mit 33 Schülern in einem Raum lasse sich "kein pädagogisch sinnvoller Unterricht abhalten". Besonders in einer multikulturellen Großstadt wie Frankfurt würden dabei Erschwernisse auftreten, "die für einen Lehrer zusätzliche Arbeit bedeuten und so von der eigentlichen Aufgabe, dem Unterricht, abhalten."

Die Klassenräume seien meist zu klein. Bei der Planung neuer Klassenräume würden zwei Quadratmeter als Mindestfläche für einen Schüler veranschlagt. In den bestehenden Klassenräumen stünden meist aber nur 1,5 Quadratmeter oder weniger zur Verfügung.

Der schwerwiegendste Kritikpunkt der Initiative sei jedoch der übermäßige Einsatz von Vertretungslehrern und Referendaren im Unterricht. Zur Zeit würden an den Frankfurter Gymnasien rund 86 volle Lehrstellen durch Personal mit zeitlich begrenzten Vertretungsverträgen ersetzt. Dadurch könnte keine Kontinuität im Unterricht gewährleistet werden. Die Verträge, die jeweils für ein halbes Jahr ausgestellt würden, böten keine Möglichkeit, die Lehrkräfte langfristig einzuplanen.

Ein Einsatz in den Jahrgangsstufen 12 und 13 sei dadurch nicht möglich, da der Unterricht in diesen Jahren relevant für das Abitur sei. Durch die zeitliche Begrenzung könne nicht gesichert werden, dass der jeweilige Lehrer zum Zeitpunkt der Abiturprüfung noch an der Schule sei. Außerdem werde durch diese Einstellungspraxis das Abwandern junger Lehrer ins Umland beschleunigt.

"Die Ausbildung in Frankfurt gemacht – und dann Arbeit im Umland gefunden", umschreibt Wolfgang Wondrak die Situation. "Wir haben dadurch in den letzten Jahren schon viele gute Referendare und Lehrer verloren."

Der Zeitpunkt für die Proteste der Eltern ist ganz bewusst gewählt. "Kurz vor den Landtagswahlen hoffen wir, dass wir die Aufmerksamkeit der Politiker auf uns lenken und damit wirkliche Verbesserungen erreichen können." Beide Oppositionsparteien im Landtag hätten bereits schriftlich zugesagt, dass ihnen die Forderungen der Eltern ein Anliegen seien und sie ihnen ihre Unterstützung zusichern würden.

Doch das ist der Initiative nicht genug. "Wir wollen mehr als Lippenbekenntnisse." Die jetzige Landesregierung habe in der vergangenen Legislaturperiode bereits deutliche Verbesserungen herbeigeführt. Doch dies sei noch zu wenig. Ministerpräsident Roland Koch habe bereits schriftlich zugesagt, dass sich die verantwortlichen Abteilungsleiter des Kulturministeriums zu Gesprächen mit dem Staatlichen Schulamt der Stadt Frankfurt treffen würden. Weitere Gespräche würden folgen.

Wondrak: "Die Regierung hat viel getan, das kann man ihr nicht in Abrede stellen. Doch das kann nicht alles gewesen sein." (tos)